



Ausgabe 05/2013

6. März 2013

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

1.500 Streikende und Beamte demonstrieren vor Söders Amtssitz „Wir setzen uns zur Wehr, eine 6 vorm Komma muss her“

1.500 Beschäftigte und Landesbeamte haben am 5.3.2013 ihr Versprechen wahr gemacht und sind erneut vor den Amtssitz des Finanzministers Markus Söder

noch einmal spürbar zu erhöhen. Die GdP Bayern hatte gemeinsam mit ver.di ihre Tarifbeschäftigten zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Die Teilnehmer,



Beeindruckend groß war die Menge vor dem Reiterdenkmal am Odeonsplatz

gezogen, um den Druck auf den Arbeitgeber vor der letzten Verhandlungsrunde



Der Demozug erreicht den Sendlinger-Tor-Platz

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

www.gdpbayern.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Hansastraße 17, 80686 München

die sich bereits ab dem frühen Morgen in die Streiklisten im DGB-Haus eintragen konnten, zogen dann bei strahlendem Sonnenschein und frühlingshaften Temperaturen in einem beeindruckenden Demozug durch die Münchner Innenstadt. Der Demonstrationzug ging dabei durch das Münchner Kli-

nikviertel, dessen Kliniken besonders stark von den Auswirkungen des Streiks betroffen waren. Weiter ging es durch die Münchner Lindwurmstraße, vorbei am Sendlinger Tor, Marienplatz und Staatsoper, direkt zum Bayerischen Finanzministerium. Dort warteten noch einmal hunderte Beamtinnen und Beamte, die ihre Mittagspause opferten um gemeinsam für einen ordentlichen Tarifabschluss zu demonstrieren. Der Münchner ver.di-Geschäftsführer, Heiner Birner, der stv. GdP-



Karin Peintinger bei ihrer bejubelten und kämpferischen Rede; rechts im Bild: GdP-Organisationssekretär Alexander Baschek

Landesvorsitzende Peter Schall und die Münchner Streikband führten die 1.500 Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst durch die gut einstündige Kundgebung, in der mehrere direkt vom Warnstreik Betroffene aus den Betrieben und Behörden kurze Reden hielten. Für die GdP Bayern sprach unsere stv. Landesvorsitzende Karin Peintinger vom PP Niederbayern aus Straubing. Mit ihrer Forderung in Reimform „Wir setzen uns zur Wehr, eine 6 vorm Komma muss her“ sprach sie allen Anwesenden direkt aus dem Herzen. Ihre authentische Art und ihr niederbayerischer Dialekt kamen bei





1.500 Streikende und Beamte demonstrieren vor Söders Amtssitz „Wir setzen uns zur Wehr, eine 6 vorm Komma muss her“

allen Zuhörern bestens an. Peintinger meinte weiter, dass es eine Unverschämtheit sei, dass der Arbeitgeber die wertvolle Arbeit der Landesbeschäftigten



GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr (rechts) mit MDir Wilhelm Hüllmantel

dadurch belohne, dass sie bisher nicht einmal ein Angebot vorlegten. Aber die große Zahl der Streikenden zeige, dass die Geduld der Beschäftigten nun zu Ende sei. Am Rande der Kundgebung sprach der GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr mit dem Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel, der die Forderungen der Gewerkschaften stellvertretend für das Bayer. Finanzministerium entgegennahm. Für die GdP nahmen Streikende und Beamte aus beinahe allen Regionen Bayerns teil. Auffallend groß waren die Gruppen aus der Oberpfalz, Niederbayern, Oberfranken



Angi Rinderer, Tarifsprecherin der BG München und Landesredakteur Tom Bentele im Streiklokal der GdP

und Schwaben Nord. Auch von der Bepo, der BG Mittelfranken, der BG Oberbayern Nord, vom PP München sowie von den Landesbehörden waren Demonstranten anwesend. Besonders erfreut konnten wir auch die Teilnahme einiger Pensionisten um die alten Vorstandsmitglieder Erwin Zacherl und Werner Leberfinger registrieren.



Abschlussfoto mit Streikenden u.a. von der BG Bereitschaftspolizei und der BG Niederbayern

Der bayerische Finanzminister Söder fiel in der Zwischenzeit mit Kritik an Verhandlungsführer Bullerjahn auf. Er könne es



Die BG Mittelfranken mit ihrem Vors. Herbert Kern klopft an am Bayer. Finanzministerium

Auch in den anderen Bundesländern finden dieser Tage Demonstrationen zur Tarifrunde TV-L statt, um den Arbeitgebern noch einmal in aller Deutlichkeit zu beweisen: wir sind zu kämpfen bereit. Von 7.-9. März fahren die Teilnehmer der Großen Tarifkommission wieder nach Potsdam, um dort in den Tarifverhandlungen zwischen TdL und ÖD-Gewerkschaften ein gutes Ergebnis zu erreichen.

nicht verstehen, dass den Beschäftigten bisher nicht einmal ein Angebot vorgelegt wurde und stets nur auf das Primat des Sparhaushaltes verwiesen werde. Der Freistaat Bayern habe im Haushalt Rücklagen für Gehaltserhöhungen gebildet. Zusätzlich versprach Söder noch einmal, den Abschluss der Tarifrunde zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten in Bayern zu übertragen. Bereits in wenigen Tagen wissen wir, was von diesen Aussagen zu halten ist.



Zentrale Ermittlungsstelle für interne Ermittlungen

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 28.02.2013

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat heute in München die Details zur Neuregelung der internen Ermittlungen bei der Bayerischen Polizei vorgestellt. Ab 1. März werden die beiden ‚Zentralen Ermittlungsstellen für interne Ermittlungen‘ dem Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) unterstellt. Zukünftig übernimmt ein neues Dezernat 13 mit zwei Sachgebieten für München und Nürnberg zentral die Ermittlungen gegen Polizeiangehörige. „Durch die größere Distanz zum Einsatzgeschehen beugen wir jeglichem Anschein von Befangenheit vor“, fasste Herrmann die Neuorganisation der internen Ermittlungsdienststellen zusammen. „Auch zukünftig werden wir weiterhin jeden Vorwurf gegen Polizeiangehörige professionell und sorgfältig aufklären.“

Ein Beamter des höheren Dienstes soll das neue Dezernat im BLKA leiten. Die derzeitigen internen Ermittler der Polizeipräsidien München und Nürnberg werden zunächst zum BLKA abgeordnet. Zudem sollen in einem ersten Schritt vier zusätzliche Beamte das Dezernat verstärken. „Den Aufbau und die Arbeitsabläufe habe ich in die Verantwortung von BLKA-Vizepräsidentin Petra Sandles gestellt“, erläuterte Herrmann und verwies auf die besonderen Erfahrungen und Kompetenzen von Sandles für diese Aufgabe. „Mit dieser hochrangigen Zuordnung der Verantwortung für die polizeiinternen Ermittlungen will ich zugleich nach innen und außen deutlich machen, wie wichtig mir

dieses Thema ist.“ Das BLKA übernimmt dabei auch das Bürgertelefon für Beschwerden, das sich in der Vergangenheit bereits gut bewährt hat (siehe auch www.polizei.bayern.de/wir/organisation/index.html/152661).

Zu den Hintergründen der Umorganisation sagte Herrmann, dass er von der Professionalität und absoluten Unabhängigkeit der internen Ermittler im bisherigen Kriminalfachdezernat 11 in München und im Kommissariat 47 in Nürnberg nach wie vor überzeugt sei. „Allerdings wurde in der aktuellen Diskussion deutlich, dass es unsere Bürgerinnen und Bürger für problematisch halten, wenn Polizeibeamte gegen Kollegen im eigenen Präsidium ermitteln müssen“, begründete der Innenminister die Entscheidung, die internen Ermittlungsstellen in die Hände des BLKA zu geben. Der Forderung nach einer externen Ermittlungsstelle erteilte Herrmann eine klare Absage: „Es gibt klare und bewährte bundesgesetzliche Regelungen zum Ablauf strafrechtlicher Ermittlungsverfahren. Kein Bundesland plant derzeit, etwas daran zu ändern.“

Herrmann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Staatsanwaltschaft auch bei Strafsachen gegen Polizeiangehörige ‚Herrin des Ermittlungsverfahrens‘ ist. Die internen Ermittler werden dabei im Auftrag oder auf Ersuchen der sachleitenden Staatsanwaltschaft tätig. „Auch damit ist sichergestellt, dass die Ermittlungen gegen Poli-

zeibeamte unabhängig geführt werden“, so Herrmann. In diesen Ermittlungsverfahren seien häufig andere Polizeibeamte die wichtigsten Zeugen. „Mir ist daher wichtig, dass Polizeibeamte, die schwere Fehler eines Kollegen klar benennen, intern nicht als Nestbeschmutzer oder Denunzianten diffamiert werden“, betonte Herrmann. „Der Schaden für das Ansehen der Polizei entsteht nicht durch solche Zeugenaussagen, sondern durch etwaige Verfehlungen der Polizeikollegen.“ Wie der Innenminister weiter ausführte, kann Fehlverhalten von Polizisten neben strafrechtlichen Schritten auch disziplinarrechtliche Konsequenzen haben. Beispielsweise wurden 2011 17 Gehaltskürzungen ausgesprochen und zwei Polizeibeamte aus dem Dienst entfernt.

Zwar sei laut Herrmann bei über 40.000 Beschäftigten bei der Bayerischen Polizei Fehlverhalten Einzelner nie gänzlich auszuschließen. „Der weit überwiegende Teil unserer Polizistinnen und Polizisten leistet aber eine hervorragende Arbeit“. Der Innenminister verwies darauf, dass es statistisch nur bei etwa jedem tausendsten Einsatz zu einer Beschwerde käme. Die Bevölkerung habe nicht umsonst ein sehr hohes Vertrauen in die Bayerische Polizei, die ein Höchstmaß an Innerer Sicherheit garantiere. Gewähr dafür bieten eine umfassende Ausbildung und ständige Fortbildung, so Herrmann weiter. Im Mittelpunkt stehe eine professionelle Situationsbewältigung mit kommunikativen Fähigkeiten und größtmöglicher Bürgernähe.

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei





GdP-Delegation trifft neuen IMK-Vorsitzenden

Eine gute Zusammenarbeit bot GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut dem neuen Innenminister Niedersachsens, Boris Pistorius, an. Zusätzlich zum Innenressort des Flächenlandes hatte Pistorius auch gleich den Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister- und senatoren (IMK) übernommen, der mit Beginn dieses Jahres turnusgemäß aus Mecklenburg-Vorpommern nach Hannover wechselte. Schon drei Tage nach der Amtseinführung traf der neue IMK-Vorsitzende in der niedersächsischen Hauptstadt auf eine GdP-Delegation. Der GdP-Landesbezirksvorsitzende Dietmar Schilff, sein Vorstandskollege Martin Hellweg, auch Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates, und GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut sprachen bereits erste Themen an, darunter die strittige Kennzeichnungspflicht, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die aktuelle Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder und die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des späteren Ergebnisse auf den Beamten- und Versorgungsbereich.

In einem harmonischen und sachbezogenen Treffen unterstrich Innenminister Pistorius ausdrücklich seinen Willen, sich für eine besser aufgestellte Polizeiorganisation sowie für mehr Zufriedenheit und Unterstützung der dort arbeitenden

Menschen stark zu machen. Nicht alles, was in den vergangenen zehn Jahren falsch gelaufen sei, könne man allerdings wieder umgehend rückgängig machen, schränkte er ein. Dies erfordere eine gemeinsame Kraftanstrengung, auch mit den Interessenvertretungen, und manchmal auch einen längeren Atem. Die



V.l.: Dietmar Schilff, Innenminister Boris Pistorius, GdP-Bundevors. Bernhard Witthaut Martin Hellweg. Foto: Christian Hoffman/GdP

alte Landesregierung habe so viel problematische Baustellen hinterlassen, die es aber in den nächsten Jahren nach und nach abzubauen gelte. Vor allem die Schuldenlast sei dabei jedoch alles andere als hilfreich, so Pistorius.

Die neue Regierung sei im Übrigen keine nur von der SPD gestellte. Es handele sich um eine Koalition aus SPD und Grünen, die sich gemeinsam auf den Weg wieder hin zu einer Bürgerpolizei verständigt hätten. Da dies die Bürgerinnen und Bür-

ger auch gewollt haben, liege es in der Natur der Sache, dass die Koalitionspartner nicht immer allumfassend ihre Forderungen im Koalitionsvertrag durchsetzen konnten, sagte der Innenminister.

Niedersachsens GdP-Vorsitzender Schilff garantierte dem neuen Innenminister eine konstruktive Auseinandersetzung im Sinne einer selbstbewussten gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Er machte deutlich, dass sich die Mehrheit der Polizeibeschäftigten eine andere Politik für die Polizei wünsche und jetzt Taten erwarteten. Insbesondere bezog sich Schilff auf das im Oktober 2011 vorgestellte und sich weiterentwickelnde GdP-Attraktivitätsprogramm für die niedersächsische Polizei. Dort geht es beispielsweise um ein funktionierendes Gesundheitsmanagement und entsprechende Laufbahn-Verbesserungen für Polizistinnen und Polizisten, Beamtinnen und Beamte der Verwaltung sowie Polizeiangestellte.

Innenminister Pistorius erklärte, das GdP-Attraktivitätsprogramm bereits zu kennen und einige Positionen zu teilen oder zumindest ähnlich zu bewerten. Er kündigte an, eine Prüfung aller Forderungen schnellstmöglich in Auftrag zu geben.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut zum EuroCOP-Vizepräsidenten gewählt

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, ist am Montag auf dem Kongress des Europäischen Polizeigewerkschaftsbundes (EuroCOP) in Barcelona zum EuroCOP-Vizepräsidenten gewählt worden. Das Votum fiel einstimmig aus. EuroCOP gehören 35 Polizeigewerkschaften aus 27 europäischen Ländern an.

Witthaut: „Die GdP ist tief mit der Tradition der europäischen Polizeigewerkschaftsbewegung verwurzelt. Als mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft in Europa sehen wir besonderen Handlungsbedarf in der Lobbyarbeit in Brüssel. Ziel muss es sein, die Interessen der auf der Straße Dienst tuenden Kolleginnen und Kollegen in der Hauptstadt Belgiens zu

vertreten.“ Schon heute werden zahlreiche Regelungen, die unsere Kolleginnen und Kollegen direkt betreffen, so der GdP-Bundesvorsitzende weiter, in Brüssel gesamt-europäisch entschieden.

Witthaut folgt dem bisherigen stellvertretenden EuroCOP-Vizepräsidenten Frank Richter, der zum Jahresende die Funktionen als stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Landesbezirkes Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft der Polizei, aufgrund beruflicher Veränderungen abgegeben hatte. EuroCOP-Präsidentin ist seit November 2011 die schwedische Polizeibeamtin Anna Nellberg.



WIR HABEN DIE SPITZENANTWORT FÜR ALLE SCHNUPPFENNASEN



GdP Service GmbH

Preis pro Päckchen à 10 Taschentücher **0,20 Euro**

Preis pro Vorteilspack mit
30 Päckchen à 10 Taschentüchern
4,99 Euro

inkl. MwSt. und Versandkosten

Einfach anrufen und bestellen:
089/578388-28
www.gdpservicegmbh.de

